

INHALT

1. CDU-Fachkonferenz zur Flüchtlingspolitik bringt 50 Experten an einen Tisch
2. Heinolds Haushalt wäre ohne Rechenricks verfassungswidrig
3. CDU-Fraktion lädt zum Frühlingsempfang – und 190 Gäste kommen
4. Bildungsministerin Ernst lehnt zusätzliche Stellen für den Erhalt kleiner Schulstandorte ab
5. Verkehrsminister legt nach Streit Erlass und Leitfaden für geführte Radtouren vor

27.03.2015

CDU-Fachkonferenz zur Flüchtlingspolitik bringt 50 Experten an einen Tisch Maßnahmenpaket für schnelle Hilfe erarbeitet



50 Experten beraten über die Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein

Rund fünfzig Experten und Menschen aus der Praxis aus Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und dem Ehrenamt haben auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion im Landeshaus über aktuelle Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik diskutiert. Ihr Schwerpunkt lag dabei auf der Frage der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern vor Ort.

„Vor allem die fehlenden Kapazitäten in der Erstaufnahme machen den Kommunen das Leben schwer. Flüchtlinge und Asylbewerber werden mit zu kurzer Vorlaufzeit in die Kreise geschickt. Das, was eigentlich in der Erstaufnahme stattfinden soll, nämlich eine Einleitung des Asylverfahrens und eine erste Orientierung, muss deshalb aus den Kommunen heraus erfolgen. Dieser Zustand ist nicht tragbar!“, sagte die integrationspolitische Sprecherin der Fraktion,

Astrid Damerow, nach der Veranstaltung.

Nicht nachvollziehbar sei, dass die Landesregierung zu ihrem Flüchtlingsgipfel erst für den Mai diesen Jahres eingeladen habe. Viele der durch die Experten geschilderten Probleme seien durch eine bessere Abstimmung zu lösen. Überall gehe es darum, jetzt kurzfristige Lösungen zu finden. Damerow: „Das ist meistens wirklich keine Quantenphysik. Aber es fehlt jemand in der Landesregierung, der sich für diese Fragen zuständig fühlt.“

Obwohl die kommunale Familie die Landesregierung beispielsweise bereits auf die Notwendigkeit der Flexibilisierung von Standards hingewiesen hat, ist hier bislang nichts passiert. Die Folge ist, dass die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen durch Bürokratie unnötig erschwert wird.

„Im Augenblick geht es darum, schnell und effektiv neue Plätze für die Unterbringung zu schaffen. Dies darf aber nicht daran scheitern, dass beispielsweise Wohncontainer nicht alle Vorgaben der Energieeinsparverordnung erfüllen. Auch eine europaweite Ausschreibung von Leistungen führt regelmäßig zu einem enormen Zeitverlust. Hier muss pragmatisch und nicht ideologisch gehandelt werden“, forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther.

Das von der CDU vorgelegte Maßnahmenpaket stieß auf breite Zustimmung bei den Teilnehmern. Allerdings gab es auch Kritik und weitere Anregungen aus dem Kreis der Experten. „Diese greifen wir natürlich auf arbeiten sie nun ein“, so Günther.

„Für unsere Arbeit hat die Konferenz neue Anregungen und Einblicke gegeben. Es war wichtig, die verschiedenen Gruppierungen, die an der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen mitwirken, endlich an einen Tisch zu bringen. Dass es so etwas bisher in Schleswig-Holstein nicht gegeben hat, ist ein klares Versäumnis der Landesregierung“, sagte Damerow.

Heinolds Haushalt wäre ohne Rechenricks verfassungswidrig Über 1,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Vergleich zu 2012 reichen SPD, Grünen und SSW nicht



Tobias Koch, Finanzexperte der CDU-Fraktion

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) hat am Dienstag dieser Woche ihre Haushaltseckwerte für das Jahr 2016 vorgelegt. Sie plant 74 Millionen Euro Neuverschuldung. Mit der letzten Finanzplanung aus dem August 2014 war noch ein Überschuss von 30 Millionen Euro vorgesehen. Auch der vollständige Abbau des strukturellen Defizites wird verschoben.

Dieser soll jetzt zum letztmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2020 erfolgen.

Dies ist nötig, obwohl die Steuereinnahmen mit rund 1,2 Milliarden Euro höher veranschlagt werden, als zum Zeitpunkt des Regierungswechsels. Darüber hinaus muss Heinold aufgrund der Niedrigzinsen den Kreditgebern 140 Millionen Euro weniger überweisen.

Heinold begründet die trotz der Mehreinnahmen aus ihrer Sicht notwendige Neuverschuldung mit steigenden Ausgaben in der Flüchtlingspolitik. CDU-Finanzexperte Koch widersprach: „Heinolds Problem ist, dass weiter an keiner Stelle Ausgaben gekürzt werden. Die Landesregierung flüchtet sich in höhere Schulden.“

Koch wies auf zwei weitere Punkte hin. So wäre ohne die von der CDU-Fraktion bereits im vergangenen Jahr kritisierten Rechenricks der Finanzministerin bei den Trendsteuereinnahmen der Haushalt 2016 sogar verfassungswidrig. Die strukturellen Steuereinnahmen seien durch eine Anhebung der Wachstumsrate (42 Millionen Euro) und einen willkürlichen Zuschlag (50 Millionen Euro) um insgesamt 92 Millionen Euro künstlich angehoben worden (siehe Umdruck 18/1921). Nur so sei überhaupt die Einhaltung der Verfassung gelungen.

Darüber hinaus werde die Investitionsquote auf 6,8 Prozent gesenkt. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur des Landes würden damit in die Zukunft verschoben.

„Angesichts der Rekordeinnahmen ist das verantwortungslos“, so Koch.

CDU-Fraktion lädt zum Frühlingsempfang – und 190 Gäste kommen Teilnehmerrekord in der Villa 78



Daniel Günther, Wolfgang Kubicki und Hans-Jörn Arp

Nur wenige Tage nach dem offiziellen Frühlingsbeginn hatte die CDU-Landtagsfraktion in dieser Woche zu ihrem traditionellen Frühlingsempfang geladen. Rund 190 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden waren der Einladung von Fraktionschef Daniel Günther in die Villa 78 im Kieler Niemannsweg gefolgt, um neben einem Gedankenaustausch auch einen Einblick in die Arbeit der Organisation "Clowns ohne Grenzen" zu erhalten.

„Ich freue mich, dass unser traditioneller Frühlingsempfang in diesem Jahr eine so große Resonanz erfährt. So viele Gäste hatten wir noch nie“, stellte Günther in seiner Begrüßungsrede fest. Überschattet wurde die Veranstaltung jedoch durch den Absturz einer

Germanwings-Passagiermaschine, der sich nur wenige Stunden vor dem Empfang ereignet hatte. Der Fraktionschef gedachte in seiner Rede der Opfer und bat die Gäste um eine Schweigeminute.

Anschließend richtete der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki, ein Grußwort an die Gäste.

Der thematische Höhepunkt des Abend war die Vorstellung der Arbeit des Vereines "Clowns ohne Grenzen" vertreten durch Heiko Mielke, der regelmäßig in Krisen und Katastrophengebiete fährt, um teils traumatisierten Kindern ein Lächeln in ihre Gesichter zu zaubern. CDU-Fraktionschef Günther zeigte sich beeindruckt von der Idee des Vereins sowie dem Engagement von Heiko Mielke und seinen Kollegen. „Mit ungewöhnlichen Einsätzen leisten Sie eine wirklich beispiellose ehrenamtliche Arbeit. Es ist ein unbezahlbares Geschenk, das Sie den Kindern machen“, so Günther.

Nach dem offiziellen Teil bestand für Gäste und Gastgeber – wie in den Jahren zuvor – die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich über das ein oder andere politische Thema in lockerer Atmosphäre auszutauschen.

Bildungsministerin Ernst lehnt zusätzliche Stellen für den Erhalt kleiner Schulstandorte ab CDU: Kleinstoberstufen sind SPD, Grünen und SSW wichtiger als „Kurze Beine – kurze Wege“



CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen

Bildungsministerin Britta Ernst hat sich in dieser Woche zum Erhalt kleiner Grundschulen geäußert. Sie stellte sich dabei voll hinter den Kurs der Regierungsfraktionen. Diese hatten einen Antrag der CDU-Fraktion, der unter anderem zusätzliche Stellen forderte, abgelehnt.

Ministerin Ernst spielte den Ball voll ins Feld der Schulen und Schulträger. Die Schulträger müssten sich zu Kleinststandorten bekennen und Konzepte mitbringen, die jahrgangsübergreifendes Lernen und Vertretungsfragen regelten. Und: „Einen `Dorfschulzuschlag` wird es nicht geben. Wir können es uns nicht leisten, Lehrkräfte an den Schulen abzuziehen, an denen viele Kinder sie brauchen, um sie da einzusetzen, wo wenige sie brauchen“, so die Ministerin.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen kritisierte diese Aussagen scharf. „Ministerin Ernsts Versuch, die Verantwortung für die Probleme der Außenstellen an die Schulen und deren

Träger abzuschieben, ist unerhört. Diese haben keine Chance, weil die Albig-Regierung Bildungspolitik zu Lasten der Kleinsten macht“, erklärte sie.

Franzen erinnerte daran, dass SPD, Grüne und SSW mehr als 200 Lehrerstellen in ihre unnötigen Kleinstoberstufen mit unter 50 Schülern gepumpt hätten. Vor diesem Hintergrund sei die Begründung der Verweigerung zusätzlicher Stellen für Dorfschulen scheinheilig. „Wenn dieses Argument stimmt, dann muss Ernst sofort die Kleinstoberstufen schließen. Für diese rot/grün/blauen Symbolprojekte wird jeder Personalansatz und jeder Bildungsstandard mit Füßen getreten“, so die CDU-Abgeordnete.

Die Schulen hätten im Übrigen längst Konzepte vorgelegt. „Denn sie haben sich auf die von SPD, Grünen und SSW im Gesetz verankerte Experimentierklausel verlassen, die sich nun im Nachhinein als wertlos heraus stellt“, so Franzen.

SPD, Grüne und SSW setzten in der Bildungspolitik die völlig falschen Prioritäten. „Sie nehmen die Schließung kleiner Schulstandorte und den zunehmenden Unterrichtsausfall bewusst in Kauf, um ihren Traum von der Einheitsschule zu verwirklichen“, so Franzen.

Verkehrsminister legt nach Streit Erlass und Leitfaden für geführte Radtouren vor Meyer reagiert auf heftige Kritik

Seit letztem Sommer herrscht große Verunsicherung unter den Organisatoren geführter Radtouren im Land. Aufgrund unterschiedlicher Auslegungen war unklar, wann diese Touren beim Straßenverkehrsamt anzumelden sind. Organisatoren klagten unter anderem über Probleme mit ihren Haftpflichtversicherungen. Ohne klare Festlegungen hinsichtlich der Anmeldepflicht könne es im Zweifel bei Schadensfällen zur Verweigerung von Zahlungen kommen. Erst im März hatten deshalb beispielsweise die Landfrauen auf ihrer Jahresversammlung eine klare rechtliche Regelung gefordert.

Heute legte Verkehrsminister Reinhard Meyer endlich einen entsprechenden Leitfaden vor. Über einen Erlass will er sicherstellen, dass die darin vorgestellten Regelungen landeseinheitlich Anwendung finden.

Hier der Link zum Leitfaden:

http://www.schleswig-holstein.de/MWAVT/DE/Service/Presse/PI/PDF/2015/150327_Flyer_Leitfaden_Radtouren_blob=publicationFile.pdf

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de